



## Niederschrift

### 59. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 08.11.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:05 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Grimm, Ute	Die Andere	ab 17:15 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Herr Ernst, für den GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Frau Gjoka und Frau Dr. Döring, Ausländerbeirat  
Frau Marock, Geschichtswerkstatt Potsdam  
Frau Stolle und Frau Voß, Betriebsrat des Klinikums „Ernst von Bergmann“  
Herr Kahle, Geschäftsführer des Klinikums „Ernst von Bergmann“  
Herr Litschke, ver.di  
Herr Heise, Zentrale Steuerungsunterstützung  
Frau Remann, Kis  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 25.10.2006
- 2 Frau Gjoka - Vorstellung des Projekts Patenschaften
- 3 Projekt 'Stolpersteine in Potsdam'  
gemäß Vorlage: 05/SVV/0952
- 4 Bericht zu den haushaltsbegleitenden Anträgen der Fraktionen SPD, CDU, Grüne/ B 90 und BürgerBündnis/FDP  
zurückgestellt im HA am 25.10.2006
- 4.1 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP  
Vorlage: 06/SVV/0850  
Oberbürgermeister, Kis
- 4.2 "Public-Private-Partnership" an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten  
Vorlage: 06/SVV/0883  
Oberbürgermeister, Kis
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 5.2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung  
Vorlage: 06/SVV/0497  
Fraktion BürgerBündnis/FDP  
- mit der Maßgabe der Terminverständigung für den Workshop-
- 5.3 Mängelbeseitigung am Theater  
monatliche Berichterstattung
- 5.4 Bericht zur Reduzierung des LKW-Verkehrs durch Grube
- 5.5 Halbe
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 25.10.2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße

Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die Punkte 4.1 und 4.2 erst dann im Hauptausschuss zu beraten, wenn sich alle Fachausschüsse damit befassen haben. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen und Herr Schubert für den Vorschlag des Oberbürgermeisters aus.

Die Zurückstellung der Punkte 4.1 und 4.2 wird zur Abstimmung gestellt und mit 9 JA-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen angenommen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Fachausschüsse auf eine zügige Beratung der Vorlagen hinzuweisen, da eine abschließende Behandlung im Hauptausschuss auf jeden Fall noch in 2006 erfolgen sollte.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister die Erweiterung der Tagesordnung um eine Information zum „Tag der Demokraten“ in Halbe vor, gegen die sich kein Widerspruch erhebt.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 59. Sitzung des Hauptausschusses vom 25. Oktober 2006 und deren Fortsetzung am 01. November 2006 werden keine Änderungen und Hinweise vorgetragen; das Protokoll wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

## **zu 2      Frau Gjoka - Vorstellung des Projekts Patenschaften**

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gjoka, stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates und Frau Dr. Döring, Mitglied im Ausländerbeirat. Frau Gjoka verweist in ihren Ausführungen auf das schriftlich ausgereichte Material zur „Patenschaft für Integration“ und bittet, in den Parteien, Ortsverbänden sowie bei Bekannten und Verwandten für die Übernahme einer Patenschaft zu werben. Bei den bisher bestehenden Patenschaften konnten leider noch keine deutschen Familien als Paten gewonnen werden.

Die Erfahrungen mit diesem Projekt seien sehr positiv und so habe sich aus mancher Patenschaft eine Freundschaft entwickelt. Ziel sei, ausländische Familien zu begleiten und zu unterstützen, z.B. bei Behördengängen oder der Wahl der Schulform bei Kindern, aber auch die Verbesserung der deutschen Sprache.

Der Oberbürgermeister bittet, dieses Projekt des Ausländerbeirates zu unterstützen und dankt Frau Gjoka für ihre Ausführungen.

## **zu 3      Projekt 'Stolpersteine in Potsdam' gemäß Vorlage: 05/SVV/0952**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Marok von der Geschichtswerkstatt anwesend und wird vom Oberbürgermeister gebeten, den aktuellen Sachstand darzulegen.

Frau Marok bedankt sich für die Einladung zur Hauptausschusssitzung und führt aus, dass das Projekt „ziemlich gut angelaufen“ sei. So konnten bisher 2 Projektwochen durchgeführt werden, in denen sich Schüler mit Schicksalen von Potsdamern auseinandersetzen, die während der Nazizeit deportiert und ermordet wurden. Für den Januar/Februar 2007 seien weitere Projektwochen geplant, die

an den Schulen auch in den Lehrplan passen müssen.  
Die ersten Steine sollen im Frühjahr 2007 gelegt werden.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, wo diese Steine verlegt werden, antwortet Frau Marok, dass dies dort passiere, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt hatten bzw. wo sie gelebt haben.

Frau Dr. Schröter regt an, dieses Projekt filmisch zu begleiten und zu dokumentieren. Frau Marok bedankt sich für die Anregung und verweist darauf, dass die letzte Projektwoche im Oktober auch in dieser Art begleitet wurde. Bisher seien die Bilder aus Zeitgründen nicht ins Internet gestellt worden. Der Oberbürgermeister empfiehlt, die Medienwerkstatt „Am Schlaatz“ dafür zu gewinnen, da diese immer wieder nach interessanten Projekten suche, bei denen sie ihre Kenntnisse umsetzen könnten.

Frau Fischer schlägt vor, die weitere Berichterstattung im Ausschuss für Kultur zu geben und das Projekt auch durch den Ausschuss weiter zu begleiten. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 4      Bericht zu den haushaltsbegleitenden Anträgen der Fraktionen SPD, CDU, Grüne/ B 90 und BürgerBündnis/FDP**

Frau Fischer bittet, das schriftlich ausgereichte Material im Punkt 1 zu korrigieren und die angeführte DIN-Vorschrift in DIN 276/**GEFMA** zu ändern. Im Weiteren erläutert sie den „Bericht zur Umsetzung der haushaltbegleitenden Beschlüsse“.

Darauf Bezug nehmend kritisiert Herr Dr. Scharfenberg, dass zu den ausgewiesenen zusätzlichen Gesamtbelastungen eine klare Aussage fehle, ob „das durchfinanziert“ sei oder nicht. Die Darlegungen zum Punkt 2 hängen seiner Meinung nach eng mit den beiden zurückgestellten Mitteilungsvorlagen zusammen und sollten auch mit ihnen gemeinsam diskutiert werden. Die Aussagen zu den Dringlichkeitsstufen würden im Widerspruch zu den Beschlüssen der StVV stehen, da diese aussagen, dass das Alte Rathaus und die Stadt- und Landesbibliothek sofort zu sanieren seien. Die haushaltbegleitenden Beschlüsse forderten die Vorlage eines Sanierungskonzeptes – das, was jetzt vorliege, gehe hinter die Beschlusslage zurück.

Ebenso betont Herr Bretz, dass ein schlüssiges Finanzkonzept gefordert war. Das vorliegende Material sei maximal ein Sachstandsbericht und erfülle die Forderungen der Stadtverordneten in keiner Weise. Frau Dr. Schröter meint, dass die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam als „Stadt der Wissenschaft“ es wert sein solle, die Stadt- und Landesbibliothek zügiger zu sanieren. Gleiches treffe auf das Alte Rathaus zu, da man sonst eine neu gestaltete Potsdamer Mitte mit einem Stadtschloss habe und ein unsaniertes Altes Rathaus – das passe nicht zusammen. Bezüglich der Musikfestspiele seien Zuschussbeträge bis 2009 veranschlagt, obwohl die Verhandlungen noch gar nicht abgeschlossen bzw. zumindest die Zuschüsse für 2009 strittig seien.

Frau B. Müller merkt an, dass für das Alte Rathaus bereits 2002 eine Baugenehmigung erteilt worden sei und diese nur drei Jahre gelte. Sie fragt, ob nun ein erneuter Bauantrag gestellt werden müsse.

Herr Schubert führt aus, dass es einerseits den Investitionsstau gebe und andererseits die haushaltbegleitenden Beschlüsse, die ein konkretes Ziel verfolgen. Er hoffe, dass es für die Stadt- und Landesbibliothek noch andere Finanzquellen, wie z.B. Euromittel, gebe. Zu eventuell denkbaren Alternativen der Finanzierung

gebe es in dem vorliegenden Papier keine Ausführungen.

Frau B. Müller stellt den **GO-Antrag**, den Bericht an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückzuverweisen und entsprechend der Beschlussfassung schlüssige Aussagen zu treffen.

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Exner, die offenen Fragen vor der Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages zu beantworten. Dieser verweist darauf, dass die Brandenburgische Bauordnung eine Verlängerung der Baugenehmigung zulasse. Bezug nehmend auf die ausgewiesene zusätzliche Gesamtbelastung versichert er, dass diese selbstverständlich gedeckt sei, auch wenn das nicht so deutlich aus dem Papier hervorgehe. Die Maßnahme „Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek“ sei in Dringlichkeitsstufe 1 eingeordnet und Mittel im nächsten Hauptstadtvertrag vorgesehen. Allerdings dürfe man keines der unter Ziffer 2 genannten Projekte isoliert betrachten – ziehe man eines der Projekte vor, bedeute das, ein anderes werde zurückgestellt.

Bezüglich der Musikfestspiele bestätigt er, dass die Verhandlungen mit der GmbH noch nicht abgeschlossen seien und derzeit Gespräche unter Einbeziehung der notwendigen Wirtschaftsdaten laufen. Mit einem Abschluss der Gespräche sei in den nächsten Wochen zu rechnen.

Der Oberbürgermeister verweist im Weiteren darauf, dass zu den Maßnahmen unter Ziffer 2 auch Gespräche mit dem Land zum SEK geführt wurden und im Land die Frage aufgeworfen wurde, ob diese Maßnahmen nicht eher in das IN-SEK gehörten. Man werde sehen, wie damit weiter umgegangen werde; eine abschließende Information sei im Laufe des Monats zu erwarten. Er fordert nachdrücklich dazu auf, die Projekte im Kontext zu betrachten und insofern den schriftlichen Bericht nicht zurückzuverweisen, sondern zurückzustellen und gemeinsam mit den Mitteilungsvorlagen DS 06/SVV/0850 und 06/SVV/0883 zu behandeln.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, was „Zurückstellung“ für den Oberbürgermeister bedeute, antwortet dieser, dass er damit die Behandlung der o.g. Mitteilungsvorlagen Anfang Dezember im Hauptausschuss mit den Informationen des Landes zum SEK meine. Herr Dr. Scharfenberg fordert die Verwaltung auf, bis dahin weiter an der Vorlage zu arbeiten.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Geschäftsordnungsantrag, Zurückverweisung an die Verwaltung, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	2

Danach beantragt Frau B. Müller, ihre persönliche Erklärung in das Protokoll aufzunehmen, dass es bei der Abstimmung eine unzulässige Beeinflussung des Oberbürgermeisters gegeben habe. Herr Heinzel habe bei der Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages seine Hand eindeutig bei der Abfrage der Ja-Stimmen gehoben und erst auf Nachfrage des Oberbürgermeisters sein Abstimmungsverhalten revidiert. Der Oberbürgermeister weist diesen Vorwurf zurück, da Herr Bretz das damit erklärt habe, dass Herr Heinzel noch eine Nachfrage stellen wollte.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Oberbürgermeister die Beschlusslage

nicht erfüllt habe und sich nicht aussuchen könne, welche Beschlüsse der StVV er erfüllen wolle und welche nicht.

Herr Schubert beantragt die Zurückstellung und Überarbeitung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	3

**zu 4.1 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP**

**Vorlage: 06/SVV/0850**

Oberbürgermeister, Kis

**zurückgestellt**

**zu 4.2 "Public-Private-Partnership" an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten**

**Vorlage: 06/SVV/0883**

Oberbürgermeister, Kis

**zurückgestellt**

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern**

Herr Jetschmanegg informiert, dass in der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern über wesentliche Punkte der Haushaltsaufstellung berichtet und das derzeitige Verfahren zum kameralen und doppischen Haushalt erläutert wurde. Im Weiteren seien Vereinbarungen getroffen worden, wie die Ortsbürgermeister nachvollziehen können, in welcher Weise ihre Anliegen und Beschlüsse Eingang in den Haushaltsplanentwurf gefunden haben.

**zu 5.2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung**

**Vorlage: 06/SVV/0497**

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Herr Dr. Pokorny schlägt als Termine für den Workshop den 14.12.2006/ 20:00 Uhr oder den 21.12.2006/ 18:00 Uhr vor.

Frau Bankwitz verweist darauf, dass den Stadtverordneten ein Workshoptermin nach der Sommerpause avisiert wurde; jetzt seien Dezember-Termine im Angebot – so könne man Anträge auch „lächerlich machen“.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Inhalt des Workshops in komprimierter Weise im Rahmen eines Tagesordnungspunktes im Hauptausschuss darzustellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

### zu 5.3 Mängelbeseitigung am Theater

Frau Remann führt dazu aus, dass die Beseitigung der Gewährleistungsmängel planmäßig verlaufe. Bezüglich der Akustik sei am 24. Oktober ein Fahrplan abgestimmt und ein Rahmenkonzept aus künstlerischer Sicht erarbeitet worden. Im Weiteren erläutert sie, dass im November/Dezember Messungen des akustischen Instituts erfolgen, nach denen dann festzustellen sei, inwieweit es Abweichungen gebe.

Bezüglich der Mängelliste aus Sicht der Behinderten habe es am 02. November 2006 einen Vor-Ort-Termin mit dem Behindertenbeauftragten und dem Behindertenbeirat gegeben. Mittlerweile seien die angemahnten Mängel deutlich reduziert und zum Behinderten-WC sei eine Einigung über die Art der Realisierung der Maßnahme erzielt worden. Darüber hinaus habe man auch Wünsche aufgenommen, wie z.B. die größere Darstellung des Rollstuhlsymbols, das zwar DIN-gerecht gefertigt wurde, in der größeren Darstellung den Rollstuhlfahrern die Orientierung jedoch erleichtere.

Im Weiteren fragt Frau Dr. Müller nach der Ausstattung des Saales mit Anschlussmöglichkeiten für Hörgeräte, die ebenfalls bemängelt wurde. Frau Fischer weist in ihrer Beantwortung darauf hin, dass diesbezüglich der tatsächliche Bedarf nicht bekannt sei. Derzeit gebe es 10 Geräte; sollte die Erfahrung zeigen, dass der Bedarf höher sei, gebe es bereits eine Einigung, dass weitere Anschlüsse angeschafft werden.

Herr Bretz schlägt anschließend vor, die Berichte nicht mehr monatlich, sondern quartalsweise zu geben. Frau B. Müller unterstützt diesen Vorschlag und bittet, jeweils den ersten Monat im Quartal dafür vorzusehen, so dass die nächste Berichterstattung im Januar 2007 erfolge. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

### zu 5.4 Bericht zur Reduzierung des LKW-Verkehrs durch Grube

Frau Dr. v. Kuick-Frenz führt aus, dass entsprechende Messungen keinen Anlass dafür geben, Maßnahmen zur Reduzierung des Lkw-Verkehrs durch Grube einzuleiten. 50 % des Lkw-Verkehrs werden durch die Gewerbetreibenden auf der Insel Töplitz verursacht. Der Anteil des Lkw-Verkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen liege bei nur 4 %. Auch nach Einführung der Maut sei kein Anstieg zu verzeichnen. Sie kündigt die abschließende Diskussion des Lkw-Führungskonzepts in den Gremien an, sobald die Arbeiten zur Luftreinhalteplanung seitens des Landes abgeschlossen sind, also auch die Fragen der Feinstaubbelastung in die Betrachtung einbezogen werden können.

Frau Dr. Schröter erinnert daran, dass das Problem die starken Erschütterungen in den anliegenden Häusern sowie die Brücke über die Wublitz waren. Frau Dr. v. Kuick-Frenz antwortet darauf, dass es sicherlich Erschütterungen gebe, diese aber nicht so stark seien, dass sie Bauschäden zur Folge hätten.

Herr Ernst verweist darauf, dass für die Brücke schon 1998 eine Achslastbeschränkung von 10 t sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h erlassen wurden. Sanierungsmaßnahmen seien für die Brücke derzeit nicht geplant. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass eine Information nachgereicht werde, wann die Brücke zuletzt saniert worden sei.

Um evtl. Unfallgefahren zu senken, gebe es Überlegungen, in der unübersichtlichen Kurve in Grube einen Verkehrsspiegel anzubringen.

## neu Halbe

Der Oberbürgermeister informiert, dass derzeit 50 Anmeldungen für die Fahrt nach Halbe vorliegen. Für die Busfahrt sollen 5 Euro als Spende für die Arbeit des Aktionsbündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ gesammelt werden, aber auch eine kostenlose Mitfahrt sei möglich.

Frau Bankwitz regt an, diese 5 Euro auch als Spende für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu verwenden, da hierzu ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe. Im Weiteren wird dieser Vorschlag kontrovers diskutiert; Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, keine Vorgaben zu machen, Frau Grimm meint, man solle erst die Höhe der Spenden abwarten und dann die Verwendung klären und Herr Schüler äußert, man solle das den Spendern überlassen.

Frau Dr. Müller mahnt im Ergebnis der Diskussion an, sich auf den Ausgangspunkt zu besinnen und der sei „Potsdam bekennt Farbe“. Eine Sammlung sollte erfolgen und die Möglichkeit der Spende eingeräumt werden.

Herr Heinzel meint, entweder sollte zielgerichtet oder gar nicht gespendet werden. Herr Näder spricht sich für eine Sammlung für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus, da es eine enge Verbindung gebe und Frau Bankwitz erinnert daran, dass sich die Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus Spenden finanziere.

Herr Schubert spricht sich dafür aus, keine 5 Euro zu erheben. Dem schließt sich der Oberbürgermeister an und informiert, dass es einen Staffellauf mit 20 – 30 Teilnehmern aus Potsdam und anderen Städten geben werde. Sie laufen von Königs Wusterhausen bis Halbe und werden dort gegen Mittag erwartet. Die Potsdamer Läufer tragen Schals „Potsdam bekennt Farbe“.

Herr Schubert nimmt Bezug auf den „deutlich abwertenden Beitrag eines Stadtverordneten“ zum Tag der Demokraten in Halbe und meint, aus der Stadtverordnetenversammlung sollte ein Signal gegeben werden, dass dies eine Einzelmeinung sei, von der sich die anderen distanzieren.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, dass das der Oberbürgermeister in 2 – 3 Sätzen klären könne. Es handele sich hier um einen Stadtverordneten, der bisher kaum in Erscheinung getreten sei; so könne der Oberbürgermeister souverän mit wenigen Worten die Auffassung der Stadtverordnetenversammlung darstellen.

Frau B. Müller schlägt vor, in der Sondersitzung am Dienstag, 14.11.2006, eine Erklärung abzugeben und die Haltung der StVV deutlich zu machen.

Herr Bretz äußert dahingehend Bedenken, dass zu dieser Sitzung ein „nicht ganz einfaches Thema“ auf der Tagesordnung stehe – die Fraktion CDU werde das Anliegen aber unterstützen, wenn es die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung wolle. Herr Näder meint, jedes Wort dazu werte auf und man sollte dem Stadtverordneten keine „Presse geben“.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Oberbürgermeister zu Beginn der Sondersitzung am 14.11.06 dazu das Wort ergreifen.

Abschließend bittet Herr Dr. Scharfenberg, auch an den Schulen für eine Teilnahme an der Aktion in Halbe zu werben.

## zu 6 Sonstiges

Frau Bankwitz fragt nach dem weiteren **Verfahren bezüglich der DS 06/SVV/0620, betr.: Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bauungsplan Nr. 27 „Horstweg/An der Alten Zauche**, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung trotz vorliegender Voten der Fachausschüsse von der

Verwaltung zurückgestellt wurde.

Frau Dr. v. Kuick-Frenz verweist in ihrer Antwort auf weitere Gespräche mit dem Kleingartenbeirat, dem VGS und den betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Vorlage werde im Dezember mit einem Verfahrensvorschlag erneut in der StVV behandelt.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE. PDS um eine Zurückstellung gebeten habe, da sie derzeit noch Alternativstandorte prüfe. Nach der nächsten Fraktionssitzung werde die Fraktion ein Votum abgeben.

Herr Bretz verweist auf die Teilnahme am Frühschoppen der Kleingärtner, wo er und Herr Dr. Scharfenberg die Fragen der Kleingärtner aufgegriffen habe.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die Vorlage nach der erneuten Beratung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen in der Stadtverordnetenversammlung am 06. Dezember 2006 behandelt werde.

Frau Grimm reicht einen **Dringlichkeitsantrag aus, den die Fraktion Die Andere in der Sondersitzung am 14.11.06** einbringen werde.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem weiteren **Verfahren der Erarbeitung und Vorlage des Haushaltsplanentwurfes 2007**. Herr Exner antwortet darauf, dass das mit dem Eckwertebeschluss vorgeschlagene Verfahren weiterhin Gültigkeit habe. So werde im Dezember der Haushaltsplanentwurf kameral und informell vorgelegt. Die Daten werden anschließend in den doppelhaushalt umgemünzt und im März 2007 in die StVV eingebracht.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der Baumschutzverordnung, die er schon einmal vor 6 Wochen angesprochen habe. Nun sei in der Presse zu lesen, dass man 5 Monate auf eine Fällgenehmigung warten müsse und das für die Bürger teuer werde. Damit sei das Anliegen der StVV nicht erfüllt, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die neue Baumschutzverordnung nicht auf Kosten der Bürger durchgesetzt werden dürfe.

Herr Ernst bestätigt die genannten Wartezeiten, die nach seiner Meinung insbesondere durch die mit der Eingemeindung großen zu bewirtschaftenden Flächen entstanden seien und dem für die Bearbeitung fehlenden Personal. Dies habe man zum Anlass genommen, eine Organisationsuntersuchung durchzuführen. Allerdings sei man noch nicht so weit, dass die organisatorischen Maßnahmen Wirkung zeigen würden. Man werde durch Umverteilung der Personalressourcen dem Problem entgegenwirken. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wann konkrete Schlussfolgerungen „auf dem Tisch liegen werden“. Herr Ernst erwidert, dass die abschließende Entscheidung bezüglich der Maßnahmen zur Reduzierung der Bearbeitungsdauer durch die Beigeordnete Frau E. Müller noch nicht getroffen worden sei. Er gehe aber davon aus, dass die Probleme durch einen höheren Personaleinsatz gelöst werden.

Frau Dr. Schröter bezieht ihre Nachfrage auf die **Anfrage** aus der letzten Stadtverordnetenversammlung, DS **06/SVV/0830, betr. Werbesatzung**, und die Antwort von Frau Dr. v. Kuick-Frenz, dass es für die Bündelung der unterschiedlichen Meinungen und den Abschluss der Diskussion keinen Termin gebe. Sie fragt, ob jetzt ein Termin genannt werden könne. Frau Dr. v. Kuick-Frenz antwortet, dass sich die Beteiligten „untereinander finden müssten“ und sie sich deshalb nicht auf einen Termin festlegen wolle. Frau Dr. Schröter entgegnet, dass zumindest das möglich sein müsste.

Der Oberbürgermeister legt fest, dass das in den nächsten 3 Wochen zu erfolgen hat.

Frau B. Müller verweist auf das Protokoll der letzten Sitzung des Hauptausschusses vom 25.10.2006 und die Zusage unter Punkt 8.5 auf Seite 11, dass die Antwort auf die Fragen, wer zur AG Stadtmarketing gehöre und warum die Reise-messe, die bereits vor längerer Zeit abgesagt wurde, Eingang in die Vorlage gefunden habe, nachgereicht werden und fragt wann das erfolgt.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass dies bis Mitte nächster Woche erfolgen werde.